STELLUNGNAHME AZ 2019-04-052 öffentlich	Referat	Bürgermeisterin Petra Kleine
	Amt	Umweltamt
	Amtsleiter/in	Frau Müller
	Telefon	305 - 2540
	Telefax	305 - 1308
	E-Mail	umweltamt@ingolstadt.de
	Datum	03.05.2023

Gremium	Sitzung am (falls bekannt)
Bezirksausschuss IV Südost	23.05.2023

Beratungsgegenstand

Lärmschutz entlang der A9 – Durchführung von Lärmmessungen durch das Umweltamt
Stellungnahme zu den Nachfragen des BZA IV Südost aus der Sitzung vom 22.03.2023:

Stellungnahme der Verwaltung:

Messung von Straßenverkehrslärm

Die messtechnische Ermittlung von Straßenverkehrslärm hat, solange es noch entsprechende Regelwerke gab, zu sehr unzuverlässigen Ergebnissen geführt. Der Beschwerdeführer wünscht die Erfassung hoher Schallpegel und drängt auf Messzeiträume während der Stoßzeiten. Umgekehrt bevorzugt der Straßenbulasträger Messzeiträume, in denen weniger Verkehr fließt. Da das Verkehrsaufkommen jahreszeitlich und wochentagabhängig starken Schwankungen unterworfen ist, wäre eine hohe Zahl von Messvorgängen erforderlich, um sich der Wahrheit anzunähern. Das Verfahren für die Mittelung zeitlich schwankender Schallpegel ist für Straßenverkehrslärm nicht mehr gesetzlich geregelt.

Die „Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen 1981“ (RLS-81), später die RLS-90 und jetzt die RLS-19 lösen das Problem, indem sie im Wesentlichen auf die „Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke“ (DTV), die zulässige Geschwindigkeit, den LKW-Anteil, die Straßenoberfläche, Steigungen und das Boden- und Meteorologie-Dämpfungsmaß abstellen. Zur Ermittlung es Straßenverkehrslärms werden nicht Messungen, sondern Daten herangezogen. Alle schalltechnischen Regelwerke beziehen auf die RLS-19 als Beurteilungsgrundlage. Die nach RLS-19 errechneten Schallpegel liegen stets deutlich über den gemessenen Werten und kommen somit den Interessen der betroffenen Anwohner entgegen.

Die vom Bezirksausschuss erbetene „detaillierte Darstellung der zur Entscheidung verwendeten Messergebnisse“ kann nicht erbracht werden, weil es keine Messergebnisse gibt. Das Umweltamt kann jedoch eine detaillierte Darstellung der zur Beurteilung der Situation verwendeten Daten liefern. Da eine schriftliche Stellungnahme für Laien nicht verständlich sein kann, empfiehlt das Umweltamt, in die Thematik auf der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses einzusteigen.

Schallschutzwälle

Schalltechnisch relevante Setzungsvorgänge hat es bei den Schallschutzwällen nicht gegeben. Die bestehenden Wälle können nicht ohne Weiteres aufgeschüttet werden. Laien übersehen oft, dass Lärmschutzwälle von Ingenieuren konzipierte Erdbauwerke sind. Es wäre zu prüfen, ob die größere Grundfläche nicht zu nah an den Fahrbahnrand heranreicht. Lässt sich bei Aufbringen frischen Materials eine genügend haltbare Verbindung zu dem vorhandenen Material herstellen? Wurde der bestehende Wall aus heute noch für geeignet erachtetem Material hergestellt? Viele ältere Wälle bestehen aus Bauschutt, Teerschollen und anderen Abfällen. Die Überdeckung bestand nur aus einer dünnen Humusschicht. An den inzwischen abgetragenen Wall westlich der Gustav-Adolf-Straße sei als Beispiel erinnert.

Für Änderungen an bestehenden Schallschutzeinrichtungen gelten die Regelungen des Vertrages zwischen der damaligen Autobahndirektion Südbayern und der Stadt Ingolstadt vom 10.08.1995. Die Stadt kann aktiven Schallschutz auf eigene Kosten durchführen, wenn er sich an den Vorentwürfen der Planfeststellungsunterlagen vom 22.04.1991 orientiert.

Die Stellungnahme des Umweltamtes vom 22.03.2023 bleibt in ihrer Aussage unverändert bestehen.

gez.

Petra Kleine
Bürgermeisterin